

grün journal

Das Magazin der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

INHALT

Versammlungsrecht

Die Grünen-Fraktion will die Versammlungsfreiheit in Bremen stärken. **S. 2**

Exilliteratur

Die Fraktion setzt sich für ein Zentrum für Exilliteratur samt Stipendien ein. **S. 3**

Ernährung

Der Fleischverzehr soll in Bremen bis 2030 um die Hälfte gesenkt werden. **S. 4/5**

Klimaschutz

Die Grünen-Fraktion will Wärmepumpen zum Standard machen. **S. 6**

Gegen Diskriminierung

Als eine Konsequenz aus dem Daten-Missbrauch bei der Brebau fordert die Fraktion eine Anlaufstelle gegen Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt. „Frauen mit Kopftuch oder homosexuelle Paare – viel zu viele Menschen werden bei der Wohnungssuche diskriminiert. Das wollen wir nicht länger hinnehmen“, so die sozialpolitische Sprecherin Sahhanim Görgü-Philipp.

Mehrweg statt Einweg



Bremen will auf grüne Initiative die Plastikflut eindämmen. Dafür wird ab kommendem Jahr ein Mehrweggebot für Veranstaltungen eingeführt. Einen entsprechenden Antrag aus der Feder von Ralph Saxe hat die Koalition nun auf den Weg gebracht. Demnach sollen in den nächsten zwei Jahren Getränke- und Speiseverpackungen durch Mehrweggeschirr ersetzt werden. Damit dies auch bei kleineren Veranstaltungen möglich wird, soll ein öffentliches Leihangebot inklusive Transport und Reinigung geschaffen werden. Das Mehrweggebot soll zunächst für alle Veranstaltungen und Märkte gelten, die

auf Grundstücken oder in Einrichtungen der Stadt durchgeführt, von Bremen veranstaltet oder finanziell gefördert werden. Mehrweggeschirr statt Wegwerfplastik schont nicht nur die Umwelt, so der umweltpolitische Sprecher Ralph Saxe, sondern spart auch Energie und CO₂-Emissionen ein. „Verpackungsmüll schadet der Umwelt massiv. Einmalprodukte zersetzen sich mit der Zeit zu Mikroplastik, das jahrhundertlang die Natur verschmutzt, Tiere gefährdet und am Ende auch in der Nahrungskette landet. Mit dem Mehrweggebot können wir die völlig unnötige Plastikflut wirksam eindämmen“, betont Ralph Saxe.

Mehr Freiheit bei Demos

Die Grünen-Fraktion legt den Entwurf für ein Versammlungsgesetz vor, das die Rechte von Demonstrierenden betont und einen friedlichen Verlauf unterstützt

Die Grünen-Fraktion hat den Entwurf eines Versammlungsfreiheitsgesetzes vorgelegt, das auf der Höhe der Zeit ist und das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit statt Verbote in den Mittelpunkt stellt. Hintergrund: Zwar haben seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 die Länder die Gesetzgebungskompetenz für das Versammlungsrecht. Bremen hat davon aber bisher keinen Gebrauch gemacht. So gilt hier bis heute das Bundesgesetz, das jedoch den Geist eines restriktiven Sanktionsrechtes atmet. Der grüne Gesetzentwurf soll nun zunächst u.a. mit den Polizeigewerkschaften besprochen werden.

„Mit unserem Gesetzentwurf legen wir ein modernes und liberales Versammlungsrecht für Bremen und Bremerhaven vor. Das ist überfällig, denn das bislang gültige Bundesgesetz musste aufgrund der überbordenden Sanktionsrechte schon mehrfach vom Bundesverfassungsgericht korrigiert werden. Wir setzen auf ein Gegenmodell, das die Rechte der Demonstrant*innen betont und zugleich einen friedlichen Verlauf der Versammlung unterstützt. Schließlich sind Demonstrationen als Ausdruck bürgerlicher Freiheitsrechte ein Grundpfeiler von Demokratie“, erläutert der Fraktionsvorsitzende Björn Fecker die Initiative.



Zu den Kernpunkten des Gesetzentwurfes gehört das Kooperationsgebot zwischen Versammlungsbehörde und Veranstalter*innen, das den Dialog und das Konfliktmanagement stärken soll. So sollen Gefährdungen bereits im Vorfeld ausgeschlossen und ggf. bestehende Konflikte gelöst werden können. Wer eine Demo veranstaltet, soll ein umfassendes Akteneinsichtsrecht in die Gefahrenprognose erhalten. Das erhöht den Rechtsschutz gegenüber Beschränkungen oder gar Verboten. Die bürokratischen Hürden für kleine Versammlungen sollen heruntergesetzt werden. Kleinstversammlungen mit weniger als 20 Personen sollen künftig von der Anmeldepflicht befreit sein, wenn sie für ihre Demo

keine Straße mit Autoverkehr nutzen. Auch auf privatrechtlich betriebenen öffentlichen Verkehrsflächen wie etwa an Flughäfen oder in Ladepassagen, die für das allgemeine Publikum geöffnet sind, soll protestiert werden dürfen. Das Vermummungsverbot soll gelockert werden und fortan nur gelten, wenn durch die Vermummung die Identitätsfeststellung durch die Polizei wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verhindert werden soll. Filmaufnahmen durch die Polizei setzt der Entwurf enge Grenzen, damit sich niemand von seinem Grundrecht abhalten lässt. Ein Novum ist, dass Parlamentarische Beobachter*innen bei Demos als Vermittler*innen eingeschaltet werden können.

Steuerbetrug im Visier

Mit einem anonymen Hinweisgeberportal im Internet will die Grünen-Fraktion den Kampf gegen Steuerbetrug verstärken. Steuerhinterziehung richtet alljährlich große Schäden an. Allein in Bremen hat die Steuerfahndung zuletzt Steuerbetrügereien in Höhe von gut 27 Millionen Euro aufgedeckt. Bei der Verfolgung von Steuerbetrug ist das Finanzamt auf Mithilfe angewiesen. Seit Jahren ist es

möglich, anonyme Hinweise telefonisch, per Mail oder Brief zu geben. Dies soll nun durch ein Online-Portal ergänzt werden. „Die ehrlichen Steuerzahler*innen müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat alles gegen Steuerbetrug unternimmt. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Damit werden dem Gemeinwesen im erheblichen Umfang dringend benötigte Mittel z.B. für Bildung und Klimaschutz

entzogen. Mit dem Online-Portal erhalten Whistleblower*innen ein diskretes Instrument, solche strafbaren Machenschaften mitzuteilen“, begründet der Fraktionsvorsitzende Björn Fecker den Antrag. Der Vorteil des Online-Portals: Es ermöglicht auch bei Nachfragen die anonyme und sichere Kommunikation mit den Hinweisgeber*innen über ein digitales Postfach, die IP-Adresse wird dabei verschlüsselt.

Zentrum für Exilliteratur



Das geplante Stadtmusikanten- und Literaturhaus will die Grünen-Fraktion um ein Zentrum für Exilliteratur ergänzt wissen. Es soll auch ein Arbeitsort für geflüchtete Autor*innen werden. Mit ihrer Initiative fordern die Grünen auch die zeitnahe Einrichtung eines Stipendienprogramms.

Dieses soll sich an Autor*innen aus der Ukraine richten, genauso wie an Schriftsteller*innen z.B. aus Syrien und Afghanistan.

Die Idee eines Zentrums für Exilliteratur knüpft direkt an das Flucht-Thema des Stadtmusikanten-Märchens an, so die kulturpolitische Sprecherin Kai Wargalla. „Ein

Zentrum für Exilliteratur würde ganz wunderbar zu Bremen passen. Einerseits knüpft es an die Geschichte der Bremer Stadtmusikanten an, die ausgestoßen wurden und nach Bremen fliehen wollten. Auf der anderen Seite greift das Vorhaben die weltpolitischen Entwicklungen und Fluchtbewegungen auf. Durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine müssen viele Künstler*innen und Kulturakteur*innen von dort fliehen. Auch aus anderen Krisen- und Kriegsgebieten finden Autor*innen ihren Weg nach Bremen. Sie alle brauchen konkrete Unterstützung, die das Stipendienprogramm bieten kann“, so Kai Wargalla. Bremen wolle eine weltoffene Stadt sein und könne dies mit einem Zentrum für Exilliteratur untermauern. „Es stünde uns gut an, einen Ort für Autor*innen aus aller Welt zu schaffen, damit sie ihr Schaffen bei uns im Exil fortsetzen können“, betont Kai Wargalla.

Pflanzliche Ernährung auf den Teller

Philipp Bruck erläutert im Interview, warum der Fleischkonsum das Erreichen von dringend erforderlicher Klimaneutralität schwer macht

Ernährung hat in Deutschland einen Anteil von rund 20 Prozent am klimaschädlichen CO₂-Ausstoß. Das ist deutlich mehr als z.B. im Verkehrssektor mit 14 Prozent. Bezieht man neben den Treibhausgas-Emissionen weitere Umweltwirkungen wie Bodenbelastung oder den Einsatz von Pestiziden ein, ist die Bilanz noch schlechter. So benötigt die Produktion von Fleisch und Milch bis zu sieben Mal so viel Fläche wie eine pflanzliche Ernährung. Die Klima-Enquetekommission will deshalb den Fleischkonsum in Bremen bis 2030 um satte 50 Prozent verringern.

Vegetarische Schulmensen, ein Viertel vegane oder vegetarische Essensstände bei Veranstaltungen – diese Enquete-Vorschläge reichen, um den Fleischkonsum in Bremen bis 2030 zu halbieren?

Philipp Bruck: Das wäre schön – tatsächlich sind unsere Mittel als Staat aber begrenzt. Wir können und müssen mit gutem Beispiel vorangehen, wir können auch in Kampagnen für pflanzliche Alternativen werben, aber am Ende kommt es auch darauf an, dass die Bremer*innen hier ihren

Beitrag leisten. Und dieser Beitrag muss auch größer sein als das, worauf sich die Enquete leider nur einigen könnte: Wenn wir das Pariser Klimaziel einhalten wollen, dann reicht es nicht, den Fleischkonsum zu halbieren. Dann müssen wir alle tierischen Lebensmittel, vor allem auch Milch, um rund drei Viertel reduzieren.

„Es gibt kein Grundrecht auf Fleisch.“

Philipp Bruck

Die Umstellung auf Bio-Kost in den Schulen stockt. Unabhängig davon verschmähen etliche Schüler*innen das Mensaessen und lassen sich zuhause lieber Fertigpizza oder Spaghetti Bolognese servieren. Müssten nicht viel mehr Eltern dabei unterstützt werden, gesund, klimafreundlich und auch ohne großen Aufwand zu kochen?

Beides sind wichtige Aufgaben. Nicht nur Eltern, sondern alle Menschen müssen in die Lage versetzt werden, leckeres, gesundes und klimafreundliches Essen zuzubereiten. Dazu gehört es auch, zu wissen, was

überhaupt klimafreundliches Essen ist. Da gibt es ja viele Mythen, z. B. dass Soja klimaschädlich wäre oder Weidemilch klimafreundlich. Hier hilft Aufklärung. Aber natürlich müssen wir auch alles dafür tun, dass das Mensaessen so attraktiv und lecker ist, dass es von allen gern gegessen wird, inklusive Gemüse und Hülsenfrüchte. Wer die vegane Küche kennt, weiß, dass das problemlos möglich wäre – aber es besteht auch kein Zweifel, dass das noch nicht in jeder Mensa klappt. Hier soll z. B. auch die Training Kitchen eine Rolle spielen.

Muss Fleisch für den Klimaschutz zum Luxusgut werden?

Es gibt kein Grundrecht auf Fleisch. Aus ethischer Perspektive kann es wohl sowieso kein Recht auf Fleisch geben, aber auch aus Klimasicht ist klar, dass die Fleischberge von heute nicht haltbar sind. Wir müssen rotes Fleisch auf ungefähr ein Zehntel reduzieren, wenn wir die Pariser Klimaziele einhalten wollen. Das kann man dann Luxusgut nennen, aber fest steht: Fleisch ist auch heute schon unglaublich teuer. Den allergrößten Teil bezahlt man nur nicht an der Supermarktkasse, sondern den bezahlt

die Gesellschaft mit all den Folgekosten, die die Tierhaltung produziert. Und die Tiere bezahlen die Eier nach Fleisch mit ihrem Leben.

Im Land Bremen werden 10.000 Rinder gehalten, hier sind viele Lebensmittelproduzenten ansässig. Welche Perspektive haben Landwirte und Unternehmen bei der grünen Ernährungswende?

Große Teile der Bremer Rinderhaltung haben einen hohen ökologischen Wert durch die Weideflächen mit Wiesenvögeln und ihrem Beitrag zum Artenschutz. Wenn wir davon reden, dass die Tierbestände in Deutschland um rund drei Viertel reduziert werden müssen, dann denken wir daher in erster Linie an die besonders intensive Tierhaltung beispielsweise in der Region Cloppenburg/Vechta, weniger ans Blockland. Die Lebensmittelindustrie hat die grüne Ernährungswende längst gestartet, gerade in Bremerhaven. Da

gibt es Fischalternativen aus Gemüse, da wird an Fisch aus dem Labor geforscht. Die Ernährungswende zugunsten pflanzlicher Lebensmittel und alternativer Proteine ist also eine große Chance für die Branche – und die ist da teilweise schon weiter als manche politische Akteur*innen.

Der Ukraine-Krieg verteuert Lebensmittel durch den Ernteausfall. Gemüse und Obst verzeichnen einen enormen Preisanstieg. Immer mehr Menschen kommen durch die hohe Inflationsrate an ihre finanzielle Grenze. Wie lässt sich klimafreundliche Ernährung in dieser Lage erschwinglich machen – die Mehrwertsteuer auf Gemüse abschaffen oder mehr Flächen für die Produktion ausweisen?

Obst, Gemüse, Hülsenfrüchte und Nüsse als klimafreundliche und gesunde Lebensmittel sollten günstiger werden, auch um einen Anreiz zu setzen,

mehr davon zu konsumieren. Die EU hat jetzt ermöglicht, die Mehrwertsteuer darauf komplett zu streichen. Das wäre ein sinnvoller Schritt. Aber die entscheidende Frage angesichts des russischen Angriffskriegs ist doch: Wie nutzen wir unsere knappen Flächen? Bisher nutzen wir den größten Teil weder für Gemüse oder Getreide fürs Brot noch für Biodiesel, um russisches Öl zu kompensieren, sondern für Futtermittelanbau. Das können wir uns angesichts der Ernteausfälle nicht mehr leisten. Also noch ein Grund mehr, jetzt kurzfristig die Tierbestände deutlich abzubauen.

Bremer CDU und FDP wollen Ernährungsgewohnheiten eher durch Handauflegen ändern. Mit Blick auf den rasanten Klimawandel: Reicht dafür die Zeit oder braucht's auch Ordnungspolitik?

Ernährung ist ein hoch sensibles Thema, entsprechend vorsichtig müssen wir es auch anpacken. Das darf nur nicht heißen, dass man lieber gar nichts macht. Am Ende wird's nicht ohne Ordnungspolitik gehen, durch klare Grenzen für Tierbestände, aber auch durch ehrlichere Lebensmittelpreise. Dabei gilt es dann aufzupassen, dass alle Menschen sich gesunde und klimafreundliche Ernährung leisten können. Viel dramatischer wäre es aber, auf wirksame Ernährungspolitik zu verzichten. Je nach Bilanzmethode ist die Ernährung sogar der klimaschädlichste Sektor.



Wärmepumpen als Standard

Auf grüne Initiative soll Bremen erneuerbare Wärme beim Austausch der Heizung verbindlich machen



Bremen soll den Einbau von Wärmepumpen für eine klimafreundliche und langfristig bezahlbare Wärmeversorgung angesichts des Klimawandels auch im Gebäudebestand forcieren. Wärmepumpen sollen überall dort im Stadtgebiet zum verbindlichen Standard werden, wo nicht Fern- und Nahwärmenetze künftig für Heizenergie sorgen. Beim Austausch der alten Heizungsanlage soll Bremen zu 100 Prozent erneuerbare Wärme vorschreiben, sobald die kommunale Wärmeplanung vorliegt. Für Gasheizungen ist ein Förderstopp vorgesehen, die Anschaffung von Wärmepumpen soll Bremen ergänzend zu den Bundesprogrammen fördern. Das fordert die Grünen-Fraktion mit einer Initiative. „Wir müssen bis 2038 klimaneutral sein. Dafür müssen wir heute aufhören,

fossile Heizungsanlagen einzubauen. Neben dem Klimawandel zeigt auch der Krieg in der Ukraine, wie dringend wir die Wärmeversorgung umstellen müssen. Auch, damit sie bezahlbar bleibt“, betont der klimapolitische Sprecher Philipp Bruck.

Ob beim Austausch von Gasheizungen gegen Wärmepumpen oder bei der energetischen Gebäudesanierung – der Weg zur Klimaneutralität kann nur mit gut ausgebildeten Fachkräften geebnet werden. Deshalb fordern die Grünen in einem Positionspapier eine Aus- und Weiterbildungsinitiative für Klimaschutztechniken. „Es ist höchste Zeit, die Ausbildungsberufe für den Klimaschutz zu modernisieren und den eklatanten Fachkräftemangel zu beseitigen“, so die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Henrike Müller.

Schultablets absichern

Der Senat muss den Digitalisierungsschub an Bremer und Bremerhavener Schulen langfristig absichern. Dazu gehört zeitnah ein Gesamtkonzept für die dauerhafte Nutzung der Tablets an den Schulen. Das fordert die Grünen-Fraktion. Bremen muss seine Poleposition bei der Digitalisierung von Schulen behalten, so der bildungspolitische Sprecher Christopher Hupe: „Ein zeitgemäßer Unterricht ist ohne die regelmäßige Nutzung von mobilen Endgeräten heute nicht mehr denkbar. Die qualifizierte Nutzung von digitalen Werkzeugen ist für die Schüler*innen auch für das künftige Berufsleben von enormer Bedeutung. Um die positive Entwicklung abzusichern, ist jetzt ein langfristiges Konzept nötig.“

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft
Altenwall 25, 28195 Bremen
Tel.: 0421 /3011-0
E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de
ViSdP: Matthias Makosch
Texte: Matthias Makosch
Fotos: iStockphoto, Elisa Meyer